

Tendenzen zur Aushöhlung des neuen Gentechnikgesetzes

- Presseerklärung des Instituts für Naturschutz und Naturschutzrecht, Tübingen

Am 26. 11. 2004 beschloß der Bundestag einen neuen Rechtsrahmen zur Nutzung der agroindustriellen Gentechnik in Deutschland. Neben der Umsetzung von EU-Recht war eines der Hauptanliegen der Novelle die Ermöglichung eines fairen Nebeneinander von Gentechnik und konventioneller, insbesondere ökologischer Landwirtschaft. Zu diesem Zweck fordert das Gesetz von Landwirten, die Gen-Mais, Gen-Raps, Gen-Weizen etc. anbauen wollen, eine "gute fachliche Praxis", um Nachbarfelder nicht zu kontaminieren. Für den Ökolandbau ist die Einhaltung dieser Regeln (Abstandsgebote/Reinhaltung von Maschinen, Pollenbarrieren, Absprache beim Anbau etc.) eine Existenzfrage, denn sobald ihre Produkte als genetisch verändert bezeichnet werden müssen - dies ist derzeit bei einer Überschreitung von 0.9 % der Fall - können sie ihre Produkte nicht mehr als Bioware etwa mit dem Biosiegel, der EU-Ökolandbauverordnung, unter dem Label "Naturland", "Bioland" etc. vermarkten. Aus diesen Gründen hat der Gesetzgeber besagte Sicherheitsmaßnahmen inklusive Haftung eingeführt, um die von der EU geförderte Ökolandwirtschaft zu schützen.

Insbesondere unionsregierte Bundesländer planen aber, diese Vorschriften zu unterlaufen. So hat Sachsen Anhalt bereits eine Verfassungsklage gegen das neue Gesetz angekündigt und auch Baden Württemberg und Hessen wollen die Haftung durch Landesrecht leerlaufen lassen. Diese Versuche sind aber weder mit EU-Recht noch mit deutschem Verfassungsrecht vereinbar.

So sieht das deutsche Recht seit über 100 Jahren eine Verschuldensunabhängige Haftung in Nachbarschaftsverhältnissen vor. Sprüht etwa ein Landwirt ein zugelassenes (!) Gift auf sein Feld und beschädigt dadurch empfindliche Pflanzen des Nachbarn, haftet er auch ohne Fahrlässigkeit. Wenn einem Handwerksmeister ein Faß mit Chemikalien ausläuft und das Nachbargrundstück verseucht, haftet der Handwerker, auch wenn ihn keinerlei Schuld trifft. Der Grund für diese strikte Einstandspflicht liegt in der engen Beziehung zwischen Nachbarn, einer Schicksalsgemeinschaft, die eben eine größere Rücksichtnahme erfordert als sonst.

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Haftung von Gen-Bauern für die Verunreinigung gentechnikfreier Nachbarfeldern tut also nichts anderes als diesen uralten Grundsatz nun auch auf die Gentechnik anzuwenden. Wenn Herr Dietzel dies ablehnt, fordert er eine systemwidrige Bevorzugung von Gen-Bauern im Nachbarrecht. Während in allen anderen Fällen die gegenseitige nachbarliche Rücksichtnahme gelten soll, dürften Gen-Bauern also nach Belieben ihre Nachbarn schädigen. Eine solche Regelung würde sowohl gegen EU-Recht als auch gegen deutsches Verfassungsrecht verstoßen.

So hat die EU-Kommission selbst ausdrücklich in ihren sog. "Koexistenz-Richtlinien" eine Anpassung des Nachbarrechts an die neuen Problemlagen des Einsatzes der Gentechnik gefordert und extra dafür die EU-Freisetzungsrichtlinie geändert. Es würde gegen das EU-verfassungsrechtlich normierte Verursacherprinzip verstoßen, die schädlichen Folgen der Gentechnik den Biolandwirten aufzuürden. Darin läge außerdem auch eine unzulässige Subvention der Gentechnik. Denn nach ständiger Rechtsprechung des EuGH verstößt die gezielte Freistellung einzelner Branchen von gesetzlichen Verpflichtungen gegen das Wettbewerbsrecht der EU.

Deutsches Verfassungsrecht schützt nicht nur das Eigentum der Gentechnikindustrie, sondern auch den Gewerbebetrieb des Ökolandwirts. Konkret: Der Gesetzgeber ist aus Gründen des Eigentumsschutzes verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Existenz von Biobauern nicht durch den Einsatz von Gentechnik vernichtet wird. Verstärkt wird auch diese Verpflichtung wieder durch das EU-Recht, die sich nämlich seit der Agrarwende infolge des BSE-Skandals ausdrücklich zur Förderung des Biolandbaus bekennt. Daneben läge in der willkürlichen Begünstigung der Gen-Bauern auch ein Verstoß gegen den Gleichheitssatz, da es keinen nachvollziehbaren Grund für dieses Sonderrecht gibt. Der deutsche Gesetzgeber ist daher sowohl zu angemessenen Abstandsregeln als auch zur Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung verpflichtet.

Ähnlich liegt es mit den Versuchen, die im neuen § 14 Abs. 1 Nr. 4 vorgeschriebene Genehmigungspflicht abzuschaffen, die dann gilt, wenn gentechnisch verändertes Material, das aus einer bloßen Freisetzung zu Forschungszwecken stammt, in den Verkehr gebracht wird. Denn bei Freisetzungen handelt es sich um streng überwachte auf wenige Flächen begrenzte wissenschaftliche Versuche zur Klärung der Frage, ob eine gentechnisch veränderte Pflanze risikolos auf den Markt gebracht werden kann. Würde man diese Material frei verkaufen können, gelänge Material nicht mehr rückholbar in den Umlauf, das noch nicht genügend getestet wurde. Im Endeffekt würde damit eine Freisetzungsgenehmigung durch die Hintertür zu einer Marktzulassung, ein Ergebnis, das klar gegen EU-Recht verstößt, da dieses peinlich genau zwischen bloßen Freisetzungen (Teil B der Freisetzungsrichtlinie) und Marktzulassungen nach durchlaufen der Erprobungsphase (Teil C der Freisetzungsrichtlinie) unterscheidet.

Dieses Verbot der Umgehung des EU-Marktzulassungsverfahrens gilt aber nicht nur dann, wenn die Person, welche die Freisetzung durchführt, das Material in Verkehr bringt, sondern auch dann, wenn Material auf das Nachbarfeld gelangt. Andernfalls wäre eine effiziente Einhaltung des EU-Rechts nicht gewährleistet.

Aus diesen Gründen schreibt Art. 6 Abs. 9 EU-Freisetzungsrichtlinie ausdrücklich vor, daß Material, das aus Freisetzungsversuchen stammt, nur dann in Verkehr gebracht werden darf, wenn hierfür eine Marktzulassung vorliegt.

Eine generelle Befreiung von diesem Genehmigungserfordernis bei Auskreuzung auf Nachbarfelder wäre also ebenfalls ein Verstoß gegen EU-Recht. Allenfalls in einzelnen Härtefällen wäre eine Korrektur durch das deutsche Verfassungsrecht denkbar, insbesondere dann, wenn diese Regelung einen Nachbar, der bloß Opfer einer Einkreuzung aus einem Freisetzungsversuch geworden ist, zur Durchführung eines teuren Genehmigungsverfahrens für den Verkauf seiner Produkte gezwungen wäre und die ausgekreuzten Konstrukte aber kein Risiko für Mensch und Umwelt wären.

Vgl. zu all diesen Fragen im einzelnen, Christoph Palme/Matthias Schlee/Jochen Schumacher, Das neue Recht der Grünen Gentechnik, Europarechtliche Vorgaben und fachliche Praxis, in: Europäisches Umwelt- und Planungsrecht 2004, S. 170ff..